

## Öffentliche Sitzungen der Ortsbeiräte

Entsprechend den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), § 82 (6) i. V. m. § 58 (6), werden nachstehend Zeit, Ort und Tagesordnung der Ortsbeiratssitzungen bekannt gegeben.

Tagesordnungen und die Vorlagentexte finden Sie im Internet im Parlamentsinformationssystem PARLIS unter [www.stvv.frankfurt.de/parlis](http://www.stvv.frankfurt.de/parlis)



### Ortsbezirk 13 (Nieder-Erlenbach)

Einladung zur 27. Sitzung des Ortsbeirates 13 am

Dienstag, dem 20. November 2018, 20.00 Uhr,  
SAALBAU Nieder-Erlenbach, Im Sauern 10,  
Clubraum 1

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

#### TAGESORDNUNG

##### Eigene Angelegenheiten:

1. Genehmigung der letzten Niederschrift (26. Sitzung vom 23.10.2018)
2. Mitteilungen des Ortsvorstehers  
Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 15.01.2019 um 20.00 Uhr im SAALBAU Nieder-Erlenbach, Im Sauern 10, Clubraum 1, statt.
3. Feststellung der Tagesordnung

##### Zurückgestellte Vorlagen:

Anträge:

4. Spanische Einfädelspur als Maßnahme zur Steigerung der Verkehrssicherheit
5. Bewusstes Ausfahren der Kurve Erlenbacher Stadtweg/Neue Fahrt
6. Pfosten für die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgänger
7. Verlegung der Pausen- und Endhaltestelle der Linie 29

##### Neue Vorlagen:

Anträge:

8. Absolutes Halteverbot bei Feuerwehr-Ausfahrt erforderlich

9. Prüfung der Eigentumsverhältnisse des Grundstückes zwischen der Liegenschaft Alt-Erlenbach 15 und der Bushaltestelle Schule
  10. Prüfung der Eigentumsverhältnisse des Grundstückes gegenüber der Liegenschaft Alt-Erlenbach
  11. Weihnachtsbaumbeleuchtung
- Vortrag des Magistrats:
12. Entwurf Haushalt 2019 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2019 - 2022

Berichte des Magistrats:

13. Besseren ÖPNV in Frankfurt: Taktung des 25er Busses anpassen
14. Schulbau beschleunigen

#### NICHT ÖFFENTLICHER TEIL

Zur Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung vorgeschlagen:

1. Ehrung verdienter Mitbürgerinnen und Mitbürger

Yannick Schwander  
Ortsvorsteher

### Ortsbezirk 14 (Harheim)

Einladung zur 27. Sitzung des Ortsbeirates 14 am

Montag, dem 19. November 2018, 20.00 Uhr,  
Bürgerhaus Harheim, In den Schafgärten 21,  
Clubraum 4

Eröffnung

Allgemeine Bürgerfragestunde

#### TAGESORDNUNG

##### Eigene Angelegenheiten:

1. Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung der letzten Niederschrift (26. Sitzung vom 22.10.2018)
3. Mitteilungen des Ortsvorstehers  
Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 14.01.2019 um 20.00 Uhr im Bürgerhaus Harheim, In den Schafgärten 21, Clubraum 4, statt.
4. Mitteilungen der Kinderbeauftragten, des Seniorenbeirates, des Stadtbezirksvorstehers und des Sozialbezirksvorstehers

**Zurückgestellte Vorlage:**

Antrag:

5. Bücherschrank für Harheim

**Neue Vorlagen:**

Antrag:

- 6.1 Planungsmittel zur ESB Erweiterung einstellen - Produktbereich 20 (Bildung)

Vortrag des Magistrats:

7. Entwurf Haushalt 2019 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2019 - 2022

Anträge:

8. Einführung einer Einbahnstraßenregelung in der Straße „In den Schafgärten“
9. Parkraumkonzept für den Parkplatz zur Untermühle
10. Illegale Entsorgung von Müll

Berichte des Magistrats:

11. Besseren ÖPNV in Frankfurt: Taktung des 25er Busses anpassen
12. Schulbau beschleunigen

Dr. Frank Immel  
Ortsvorsteher

## Öffentliche Ausschreibungen

### Bekanntmachung von öffentlichen Ausschreibungen

Alle öffentlichen Ausschreibungen der Stadt Frankfurt am Main finden Sie im Internet unter [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)

### Amt für Bau und Immobilien Zoologischer Garten, Bernhard-Grzimek-Allee 1 – Futterküche –

#### Beschränkte Ausschreibung Nr. 25-2018-00449 nach VOB/A

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Amt für Bau und Immobilien  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 31 465  
Telefax: 069 / 212 - 44 510  
E-Mail: [heiko.schulz.amt65@stadt-frankfurt.de](mailto:heiko.schulz.amt65@stadt-frankfurt.de)  
Internet: [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- b) Vergabeverfahren:  
Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb, VOB/A  
Vergabenummer: 25-2018-00449
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
  - Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

- Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.
- Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
  - ohne elektronische Signatur Textform
  - mit fortgeschrittener elektronischer Signatur
  - mit qualifizierter elektronischer Signatur
- kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrags:

- Ausführung von Bauleistungen
- Planung und Ausführung von Bauleistungen
- Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung:

Zoologischer Garten Frankfurt am Main  
Betriebswirtschaftshof - Futterküche  
Bernhard-Grzimek-Allee 1  
60316 Frankfurt am Main

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose:

Art der Leistung:  
Lieferung und Montage von Aufzugskomponenten zur Sanierung des Aufzuges.  
Komplettes Hydrauliksystem Direktantrieb, Aufzugsteuerung, Fahrkorb, Schachttüren, Fahrkorbabschlüsse als Rolltore und Austausch Schutzrohr.

Umfang der Leistung:

Komplette Demontage der zu sanierenden Komponenten sowie die Lieferung und Montage der neuen Anlagenteile.

- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:  
–
- h) Aufteilung in Lose:  Nein  
Ja, Angebote sind möglich:  
 nur für ein Los  
 für ein oder mehrere Lose  
 nur für alle Lose  
(alle Lose müssen angeboten werden)
- i) Ausführungsfristen:  
Beginn der Ausführung: 03.06.2019  
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 12.07.2019
- j) Nebenangebote:  zugelassen  
 nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen  
 nicht zugelassen
- m) Frist für die Einsendung von Teilnahmeanträgen: 15.11.2018, 24.00 Uhr  
Anschrift, an die die Anträge zu richten sind: Amt für Bau und Immobilien  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 31 465  
Telefax: 069 / 212 - 44 510  
E-Mail: heiko.schulz.amt65@stadt-frankfurt.de  
Vergabenummer: 25-2018-00449
- Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe  
spätestens am: 30.11.2018
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:  
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Teilnahmeantrag das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmern präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt der Teilnahmeantrag in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Referenznachweise für 3 Referenzen mit den gemäß Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ geforderten Angaben sind bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Ebenfalls mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind die geforderten Angaben zum Personaleinsatz in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bewerber zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):  
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III  
31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3,  
64283 Darmstadt



**Amt für Bau und Immobilien  
Sport- und Freizeitzentrum,  
Am Martinszehnten 2  
– Sanierung Glasdächer und  
Glasfassade –**

**Nichtoffenes Verfahren Nr. 25-2018-00458 nach  
VOB/A Abschnitt 2**

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:  
Stadt Frankfurt am Main  
Amt für Bau und Immobilien  
Gutleutstraße 7 - 11  
60329 Frankfurt am Main  
E-Mail: rudolf.staedele@stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:  
siehe 1.1
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:  
elektronisch via [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:  
1. [www.simap.eu.int](http://www.simap.eu.int)  
2. [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)  
3. [www.had.de](http://www.had.de)
- 2.1) Vergabenummer:  
25-2018-00458
- 2.2) Beschreibung des Gegenstandes / des Auftrages:  
Bauvorhaben/Maßnahme:  
Sanierung Glasdächer und Glasfassade, Sport- und Freizeitzentrum Kalbach  
  
Art der Arbeiten/Leistungen:  
Sanierung Glasdächer
- 2.3) Objekt/Liegenschaft:  
Sanierung Glasdächer, Kalbach  
Sport- und Freizeitzentrum  
Am Martinszehnten 2  
60437 Frankfurt am Main
- 2.4) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:  
29.04.2019 bis 13.09.2019
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge:  
03.12.2018, 24.00 Uhr  
  
Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:  
20.12.2018
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:  
29.04.2019 bis 13.09.2019
- 4.1) Zusätzliche Angaben:  
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tarifreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen.

Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:  
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

**Amt für Bau und Immobilien  
Viktor-Frankl-Schule,  
Fritz Tarnow Straße 27  
– Grund- und Unterhaltsreinigung –  
Offenes Verfahren Nr. 25-2018-00462 nach VgV**

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:  
Stadt Frankfurt am Main  
Amt für Bau- und Immobilien  
Berliner Straße 33 - 35  
60311 Frankfurt am Main  
Kontaktstelle(n): [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)  
Telefon: 069 / 212 - 42 723  
Telefax: 069 / 212 - 37 885  
E-Mail: [thomas.heller@stadt-frankfurt.de](mailto:thomas.heller@stadt-frankfurt.de)  
Internet: [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)

- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:  
 Amt für Bau und Immobilien  
 Paulsplatz 9  
 60311 Frankfurt am Main  
 Telefon: 069 / 212 - 42 723  
 Telefax: 069 / 212 - 37 885  
 E-Mail: thomas.heller@stadt-frankfurt.de  
 Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:  
 elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:  
 1. www.simap.eu.int  
 2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de  
 3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:  
 25-2018-00462
- 2.2) Art des Auftrages:  
 Dienstleistungskategorie
- 2.2) Kurze Beschreibung:  
 5.035,53 m<sup>2</sup>      Unterhaltsreinigung  
 20.142,12 m<sup>2</sup>     Grundreinigung  
 147,92 m<sup>2</sup>        Grundreinigung  
                          Schwimmbecken
- 2.3) Hauptort der Ausführung:  
 Viktor-Frankl-Schule  
 Fritz Tarnow Straße 27  
 60320 Frankfurt am Main
- 2.4) Beschreibung der Beschaffung:  
 5.035,53 m<sup>2</sup>      Unterhaltsreinigung  
 20.142,12 m<sup>2</sup>     Grundreinigung  
 147,92 m<sup>2</sup>        Grundreinigung  
                          Schwimmbecken  
  
 CPV-Referenznummer(n):  
 90919300-5
- 2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:  
 01.03.2019 bis 28.02.2023
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:  
 20.12.2018, 12.00 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
 20.12.2018
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:  
 01.03.2019 - 28.02.2023
- 4.1) Zusätzliche Angaben:  
 Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

Kostenloser Download der Verdingungsunterlagen und Angebotsabgabe unter [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)  
 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Die Angebote müssen alle geforderten Angaben, Erklärungen und Preise enthalten. Von der in § 56 Abs. 2 VgV vorgesehenen Möglichkeit zum Nachreichen geforderter Erklärungen und Nachweise wird die Vergabestelle absehen. Unvollständige Angebote werden demzufolge ohne Nachforderung zwingend ausgeschlossen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass folgende Unterlagen zwingend mit dem Angebot einzureichen sind:

- Aufschlüsselung des Stundenverrechnungssatzes bezüglich sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigten,
- Bestätigung über die Unterweisung zu Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Ausführung von Reinigungstätigkeiten (UVV),
- beigefügte Formulare Bestätigung der Objektbesichtigung
- gültiges ISO 9000x-Zertifikat oder gleichwertiger Nachweis.

Weitere erforderliche Angaben:  
 Niederlassung im Rhein-Main-Gebiet (ca. 40 km Umkreis Frankfurt)?

- Wenn ja, Adresse angeben
- Wenn nein, ausführliche Darstellung, wie die vertragsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden soll.

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 60 VgV eine Aufklärung des Angebotsinhaltes vor. Angebote mit einem Kalkulationszuschlag unter 70% werden ggf. aufgeklärt. Es ist der aktuelle, zum Zeitpunkt des Ausführungsbeginns gültige, Tariflohn anzugeben.

- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:  
 Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt, Telefax: 06 151 / 12 - 5 816
- Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
  2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
  4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

## **Amt für Bau und Immobilien Adam-Riese-Straße 25 – Unterhaltsreinigung –**

### **Offenes Verfahren Nr. 25-2018-00468 nach VgV**

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:  
Stadt Frankfurt am Main  
Amt für Bau- und Immobilien  
Berliner Straße 33 - 35  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 42 723  
Telefax: 069 / 212 - 37 885  
E-Mail: thomas.heller@stadt-frankfurt.de  
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:  
Amt für Bau und Immobilien  
Paulsplatz 9  
60311 Frankfurt am Main  
Kontaktstelle(n): Thomas Heller  
Telefon: 069 / 212 - 42 723  
Telefax: 069 / 212 - 37 885  
E-Mail: thomas.heller@stadt-frankfurt.de  
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:  
elektronisch via [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
  1. [www.simap.eu.int](http://www.simap.eu.int)
  2. [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
  3. [www.had.de](http://www.had.de)
- 2.1) Vergabenummer:  
25-2018-00468
- 2.2) Art des Auftrages:  
Dienstleistungskategorie
- 2.2) Kurze Beschreibung:  
21.343,52 m<sup>2</sup> Unterhaltsreinigung
- 2.3) Hauptort der Ausführung:  
Zentrales Werkstatt- und Verwaltungsgebäude  
Grünflächenamt und  
Amt für Straßenbau und Erschließung  
Adam Riese Straße 25  
60327 Frankfurt am Main
- 2.4) Beschreibung der Beschaffung:  
21.343,52 m<sup>2</sup> Unterhaltsreinigung  
CPV-Referenznummer(n):  
90910000-9
- 2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:  
01.04.2019 bis 31.03.2023
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:  
20.12.2018, 12.00 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
20.12.2018
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:  
01.04.2019 bis 31.03.2023
- 4.1) Zusätzliche Angaben:  
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.  
Kostenloser Download der Verdingungsunterlagen und Angebotsabgabe unter [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)  
Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Die Angebote müssen alle geforderten Angaben, Erklärungen und Preise enthalten. Von der in § 56 Abs. 2 VgV vorgesehenen Möglichkeit zum Nachreichen geforderter Erklärungen und Nachweise wird die Vergabestelle absehen. Unvollständige Angebote werden demzufolge ohne Nachforderung zwingend ausgeschlossen.  
  
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass folgende Unterlagen zwingend mit dem Angebot einzureichen sind:
  - Aufschlüsselung des Stundenverrechnungssatzes bezüglich sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigten,
  - Bestätigung über die Unterweisung zu Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Ausführung von Reinigungstätigkeiten (UVV),
  - beigefügtes Formular Bestätigung der Objektbesichtigung,
  - gültiges ISO 9000x-Zertifikat oder gleichwertiger Nachweis.
 Weitere erforderliche Angaben:  
Niederlassung im Rhein-Main-Gebiet (ca. 40 km Umkreis Frankfurt)?
  - Wenn ja, Adresse angeben
  - Wenn nein, ausführliche Darstellung, wie die vertragsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden soll.

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 60 VgV eine Aufklärung des Angebotsinhaltes vor. Angebote mit einem Kalkulationszuschlag unter 70% werden ggf. aufgeklärt. Es ist der aktuelle, zum Zeitpunkt des Ausführungsbeginns gültige, Tariflohn anzugeben.

- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:  
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt, Telefax: 06 151 / 12 - 5 816

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

## **Amt für Bau und Immobilien Palmengarten, Siesmayerstraße 61 – Rohbauarbeiten –**

### **Öffentliche Ausschreibung Nr. 25-2018-00471 nach VOB/A**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Amt für Bau und Immobilien  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt / Main  
Telefon: 069 / 212 - 48 786  
E-Mail: harald.leisinger@stadt-frankfurt.de  
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: 25-2018-00471

- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

- Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
- Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.
- Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
- ohne elektronische Signatur Textform
- mit fortgeschrittener elektronischer Signatur
- mit qualifizierter elektronischer Signatur

- kein elektronisches Vergabeverfahren

- d) Art des Auftrags:

- Ausführung von Bauleistungen
- Planung und Ausführung von Bauleistungen
- Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

- e) Ort der Ausführung:

Palmengarten  
Siesmayerstraße 61  
60323 Frankfurt am Main

- f) Art und Umfang der Leistung,  
ggf. aufgeteilt in Lose

Art und Umfang der Leistung:

Baustelleneinrichtung mit WC-Container und BL-Container

ca. 500 m Leitungsraben außerhalb Gebäude

ca. 200 m<sup>3</sup> Leitungsraben innerhalb Gebäude

ca. 270 m<sup>2</sup> Abdichtung Bodenplatte

- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:

–

- h) Aufteilung in Lose:  Nein

Ja, Angebote sind möglich:

- nur für ein Los
- für ein oder mehrere Lose
- nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

- i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung: 14.01.2019  
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 25.01.2019

- j) Nebenangebote:  zugelassen

nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

nicht zugelassen

- k) Anforderung der Vergabeunterlagen bei: Amt für Bau und Immobilien  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 48 786  
E-Mail: harald.leisinger@stadt-frankfurt.de  
Online-Plattform: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Höhe der Kosten: 20,00 Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung  
Empfänger: Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main  
Geldinstitut: Postbank AG  
Frankfurt am Main  
IBAN: DE16 5001 0060 0000  
0026 09  
BIC-Code: PBNKDEFFXXX  
Verwendungszweck: 25-2018-00471  
Zusätzliche Rohbauarbeiten
- Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
- Die Vergabeunterlagen können nur versendet werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
  - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe Ihrer vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt k) genannten Stelle angefordert wurden,
  - das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: siehe a)
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- q) Ablauf der Angebotsfrist: am 12.12.2018, 09.30 Uhr  
Eröffnungstermin: am 12.12.2018, 09.30 Uhr  
Ort: Amt für Bau und Immobilien  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main  
Zimmer: Erdgeschoss
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren bevollmächtigte Vertreter
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:  
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmern präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.  
Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.  
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:  
Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.
- v) Ablauf der Bindefrist: 11.01.2019
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):  
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III  
31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3,  
64283 Darmstadt
- x) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:  
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

- y) Zuschlagskriterien:  
niedrigster Preis

## **Amt für Straßenbau und Erschließung Bornheimer Landwehr – Straßenbauarbeiten –**

### **Öffentliche Ausschreibung Nr. 66-2018-00168 nach VOB/A**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Stadt Frankfurt am Main  
Amt für Straßenbau und Erschließung  
Adam-Riese-Straße 25  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 34 551  
Telefax: 069 / 212 - 35 106  
E-Mail: vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de  
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: 66-2018-00168
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
- Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.
- Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.
- Es werden elektronische Angebote akzeptiert.
- ohne elektronische Signatur Textform
- mit fortgeschrittener elektronischer Signatur
- mit qualifizierter elektronischer Signatur
- kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrags:
- Ausführung von Bauleistungen
- Planung und Ausführung von Bauleistungen
- Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)
- e) Ort der Ausführung:  
Bornheimer Landwehr  
60385 Frankfurt am Main - Bornheim
- f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose
- Art der Leistung:  
Straßenbauarbeiten

Umfang der Leistung:

- |                          |   |
|--------------------------|---|
| ca. 450 m                | Asphaltoberbau schneiden, bis 26 cm tief                        |
| ca. 1.600 m <sup>2</sup> | Asphaltdecke profilgerecht fräsen                               |
| ca. 650 m <sup>2</sup>   | Pflaster-/Plattenbeläge ausbrechen und verwerten                |
| ca. 400 m                | Randbefestigungen ausbrechen und verwerten bzw. seitlich lagern |
| ca. 4 Stk.               | Straßenabläufe versetzen  |
| ca. 200 t                | Schottertragschicht einbauen                                    |
| ca. 80 t                 | Asphaltbinder einbauen  |
| ca. 200 t                | Asphaltdeckschicht einbauen                                     |
| ca. 1.100 m <sup>2</sup> | Betonpflaster/-platten verlegen                                 |

- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:  
–
- h) Aufteilung in Lose:  Nein
- Ja, Angebote sind möglich:
- nur für ein Los
- für ein oder mehrere Lose
- nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
- i) Ausführungsfristen:
- Beginn der Ausführung: 06.05.2019
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 05.07.2019
- j) Nebenangebote:  zugelassen
- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- nicht zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen unter: [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind  
Amt für Bau und Immobilien  
Submissionsstelle  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main  
Ansprechpartner:  
Submissionsstelle  
Online-Plattform:  
[www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch

- q) Ablauf der Angebotsfrist: am 06.12.2018, 09.30 Uhr  
 Eröffnungstermin: am 06.12.2018, 09.30 Uhr  
 Ort: Amt für Bau und Immobilien  
 Submissionsstelle  
 Gerbermühlstraße 48  
 60594 Frankfurt am Main  
 Zimmer: Submissionszimmer

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren bevollmächtigte Vertreter

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Nachweise zur Eignung:  
 Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
 Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
 Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:  
 Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung).

Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

Nachweis der Eintragung „Straßenbauerhandwerk“ in Handwerksrolle / bei IHK MVAS Nachweis(e)  
 Nennung eines SiGeKo beim Einsatz von Nachunternehmern  
 Bieterangaben / Nachweise gemäß Leistungsbeschreibung

- v) Ablauf der Bindefrist: 15.03.2019
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):  
 Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III  
 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3,  
 64283 Darmstadt
- x) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:  
 Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.  
 Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja  
 Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen  
 Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –
- y) Zuschlagskriterien:  
 niedrigster Preis
- z) Sonstige Angaben:  
 Vergabeunterlagen stehen unter [www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de) nach kurzer Registrierung kostenfrei und unmittelbar digital zur Verfügung.  
 Fragen zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich per E-Mail an [vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de](mailto:vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de) zu richten.



## **Amt für Straßenbau und Erschließung verschiedene Dienststellen im Stadtgebiet**

### **– Ingenieurleistung / Verkehrsplanung –**

#### **Öffentliche Ausschreibung Nr. 66-2018-00171 nach VOL/A**

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):  
 Offizielle Bezeichnung:  
 Stadt Frankfurt am Main  
 Amt für Straßenbau und Erschließung  
 Adam-Riese-Straße 25  
 60327 Frankfurt am Main  
 Telefon: 069 / 212 - 48 996  
 Telefax: 069 / 212 - 35 106  
 E-Mail: vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de
- Einreichung der Angebote:  
 Amt für Bau und Immobilien  
 Submissionsstelle  
 Gerbermühlstraße 48  
 60594 Frankfurt am Main
- b) Art der Vergabe:  
 Öffentliche Ausschreibung VOL/A
- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:
- über den Postweg
- mittels Telekopie
- direkt
- elektronisch
- d) Bezeichnung des Auftrags:  
 Parkraumbewirtschaftungskonzept für  
 SPNV-Stationen [LDL025]
- Art und Umfang der Leistung:  
 Ingenieurleistung / Verkehrsplanung
- Produktschlüssel (CPV):  
 71300000
- Ort der Leistung:  
 Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt  
 über das gesamte Stadtgebiet
- NUTS-Code: DE712
- e) Unterteilung in  
 Lose: nein
- f) Nebenangebote:  
 Nebenangebote sind nicht zugelassen
- g) Ausführungsfrist:  
 Beginn: 14.01.2019  
 Ende: 12.04.2019
- h) Anfordern der Unterlagen bei:  
 digitale Adresse (URL):  
[www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- Anforderungsfrist: 22.11.2018, 11.59 Uhr
- Einsichtnahme in Vergabe-  
 unterlagen unter: Telefon: 069 / 212 - 48 996  
 Telefax: 069 / 212 - 35 106  
 digitale Adresse (URL):  
[www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- i) Ablauf der  
 Angebotsfrist: 22.11.2018, 12.00 Uhr  
 Bindefrist: 21.12.2018
- j) Sicherheitsleistungen:  
 –
- k) Zahlungsbedingungen:  
 gemäß HVTG
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:  
 - Nachweis der Eintragung in ein Berufs- und  
 Handelsregister;  
 - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung  
 mit entsprechenden Deckungssummen  
 (Personen-, Sach- und Vermögensschäden:  
 mind. 1,5 Mio. €) oder alternativ eine Erklärung  
 des Versicherers, dass im Auftragsfall eine  
 Versicherung in entsprechender Höhe  
 abgeschlossen wird;  
 - Mindestens drei mit der ausgeschriebenen  
 Leistung vergleichbare Referenzen, nicht älter  
 als 5 Jahre.  
 - Nachweis Präqualifikation oder Umsatz des  
 Büros der letzten drei abgeschlossenen  
 Geschäftsjahre,  
 - aktuelle personelle Ausstattung des Büros und  
 Referenzen des vorgesehenen Personals für  
 vergleichbare Leistungen.
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:  
 Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien:  
 wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf  
 die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskri-  
 terien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben  
 werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer  
 Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich  
 nicht möglich ist)
- 1 Preis (50 %)  
 2 Qualität (50 %)
- o) Nichtberücksichtigte Angebote:  
 unterliegen den Vorschriften des § 19 VOL/A  
 bzw. VgV
- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen  
 Vergabe- und Tariftreuegesetz:  
 Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu  
 Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen  
 Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und  
 Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen  
 einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunterneh-  
 mern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter  
 als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer  
 Verpflichtungserklärungen vorzulegen.  
 Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes  
 gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung  
 zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden  
 Verpflichtung wird vereinbart: ja
- Angaben zur Höhe der  
 Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen
- Soziale, ökologische, umweltbezogene und  
 innovative Anforderungen: –



Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

- q) Sonstige Informationen:  
Fragen zu den Vergabeunterlagen sind per E-Mail an [vergabe.amt66@stadtfrankfurt.de](mailto:vergabe.amt66@stadtfrankfurt.de) zu richten.  
Die Vergabeunterlagen stehen unter <http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de> nach kurzer Registrierung kostenfrei und unmittelbar digital zur Verfügung.

**Amt für Straßenbau und Erschließung  
verschiedene Standorte in  
Frankfurt am Main  
– Quartiersgarage - Verkehrsplanung –  
Öffentliche Ausschreibung Nr. 66-2018-00176  
nach VOL/A**

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):  
Offizielle Bezeichnung:  
Stadt Frankfurt am Main  
Amt für Straßenbau und Erschließung  
Adam-Riese-Straße 25  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 48 996  
Telefax: 069 / 212 - 35 106  
E-Mail: [vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de](mailto:vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de)  
  
Einreichung der Angebote:  
Amt für Bau und Immobilien  
Submissionstelle  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main
- b) Art der Vergabe:  
Öffentliche Ausschreibung VOL/A
- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:  
 über den Postweg  
 mittels Telekopie  
 direkt  
 elektronisch
- d) Bezeichnung des Auftrags:  
Quartiersgaragen Untersuchung f. drei Standorte in Frankfurt [LDL025]  
  
Art und Umfang der Leistung:  
Verkehrsplanung / Untersuchung  
  
Produktschlüssel (CPV):  
71300000  
  
Ort der Leistung:  
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet  
  
NUTS-Code: DE712
- e) Unterteilung in Lose: nein
- f) Nebenangebote:  
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- g) Ausführungsfrist:  
Beginn: 14.01.2019  
Ende: 12.04.2019
- h) Anfordern der Unterlagen bei:  
digitale Adresse (URL):  
[www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)  
  
Anforderungsfrist: 21.11.2018, 11.59 Uhr  
  
Einsichtnahme in Vergabeunterlagen unter:  
Telefon: 069 / 212 - 48 996  
Telefax: 069 / 212 - 35 106  
digitale Adresse (URL):  
[www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- i) Ablauf der Angebotsfrist: 21.11.2018, 12.00 Uhr  
Bindefrist: 21.12.2018
- j) Sicherheitsleistungen:  
–
- k) Zahlungsbedingungen:  
gemäß HVTG
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:  
- Nachweis der Eintragung in ein Berufs- und Handelsregister;  
- Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit entsprechenden Deckungssummen (Personen-, Sach- und Vermögensschäden: mind. 1,5 Mio. €) oder alternativ eine Erklärung des Versicherers, dass im Auftragsfall eine Versicherung in entsprechender Höhe abgeschlossen wird;  
- Mindestens drei mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzen, nicht älter als 5 Jahre.  
- Nachweis Präqualifikation oder Umsatz des Büros der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre,  
- aktuelle personelle Ausstattung des Büros und Referenzen des vorgesehenen Personals für vergleichbare Leistungen.
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:  
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien:  
wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)  
  
1 Preis (50 %)  
2 Qualität (50 %)
- o) Nichtberücksichtigte Angebote:  
unterliegen den Vorschriften des § 19 VOL/A bzw. VgV

- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetz:  
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tarifreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.  
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tarifreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja
- Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen
- Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –
- q) Sonstige Informationen:  
Fragen zu den Vergabeunterlagen sind per E-Mail an [vergabe.amt66@stadtfrankfurt.de](mailto:vergabe.amt66@stadtfrankfurt.de) zu richten.  
Die Vergabeunterlagen stehen unter <http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de> nach kurzer Registrierung kostenfrei und unmittelbar digital zur Verfügung

## **Amt für Straßenbau und Erschließung Frankfurt am Main - Sachsenhausen – Quartiersgaragen - Verkehrs- planung –**

### **Öffentliche Ausschreibung Nr. 66-2018-00177 nach VOL/A**

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):  
Offizielle Bezeichnung:  
Stadt Frankfurt am Main  
Amt für Straßenbau und Erschließung  
Adam-Riese-Straße 25  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 48 996  
Telefax: 069 / 212 - 35 106  
E-Mail: [vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de](mailto:vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de)
- Einreichung der Angebote:  
Amt für Bau und Immobilien  
Submissionstelle  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main
- b) Art der Vergabe:  
Öffentliche Ausschreibung VOL/A
- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:
- über den Postweg
- mittels Telekopie
- direkt
- elektronisch
- d) Bezeichnung des Auftrags:  
Quartiersgaragen Untersuchung für Sachsenhausen [LDL025]
- Art und Umfang der Leistung:  
Verkehrsplanung / Untersuchung
- Produktschlüssel (CPV):  
71300000
- Ort der Leistung:  
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet
- NUTS-Code: DE712
- e) Unterteilung in Lose: nein
- f) Nebenangebote:  
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- g) Ausführungsfrist:  
Beginn: 14.01.2019  
Ende: 12.07.2019
- h) Anfordern der Unterlagen bei:  
digitale Adresse (URL):  
[www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- Anforderungsfrist: 21.11.2018, 11.59 Uhr
- Einsichtnahme in Vergabeunterlagen unter: Telefon: 069 / 212 - 48 996  
Telefax: 069 / 212 - 35 106  
digitale Adresse (URL):  
[www.vergabe.stadt-frankfurt.de](http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de)
- i) Ablauf der Angebotsfrist: 21.11.2018, 12.00 Uhr  
Bindefrist: 21.12.2018
- j) Sicherheitsleistungen:  
–
- k) Zahlungsbedingungen:  
gemäß HVTG
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:  
- Nachweis der Eintragung in ein Berufs- und Handelsregister;  
- Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit entsprechenden Deckungssummen (Personen-, Sach- und Vermögensschäden: mind. 1,5 Mio. €) oder alternativ eine Erklärung des Versicherers, dass im Auftragsfall eine Versicherung in entsprechender Höhe abgeschlossen wird;  
- Mindestens drei mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzen, nicht älter als 5 Jahre.  
- Nachweis Präqualifikation oder Umsatz des Büros der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre,  
- aktuelle personelle Ausstattung des Büros und Referenzen des vorgesehenen Personals für vergleichbare Leistungen.
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:  
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:  
wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)

- 1 Preis (50 %)  
2 Qualität (50 %)

o) Nichtberücksichtigte Angebote:  
unterliegen den Vorschriften des § 19 VOL/A bzw. VgV

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:  
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.  
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

q) Sonstige Informationen:  
Fragen zu den Vergabeunterlagen sind per E-Mail an [vergabe.amt66@stadtfrankfurt.de](mailto:vergabe.amt66@stadtfrankfurt.de) zu richten.  
Die Vergabeunterlagen stehen unter <http://www.vergabe.stadt-frankfurt.de> nach kurzer Registrierung kostenfrei und unmittelbar digital zur Verfügung.

## **Branddirektion Branddirektion, Feuerwehrsstraße 1 – Spritzenpumpen –**

### **Öffentliche Ausschreibung Nr. 37-2018-00064 nach VOL/A**

a) Auftraggeber (Vergabestelle):  
Offizielle Bezeichnung:  
Branddirektion  
Feuerwehrstraße 1  
60435 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 725 114  
Telefax: 069 / 212 - 725 118  
E-Mail:  
[vol-ausschreibungen.amt37@stadt-frankfurt.de](mailto:vol-ausschreibungen.amt37@stadt-frankfurt.de)

b) Art der Vergabe:  
Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

- über den Postweg  
 mittels Telekopie  
 direkt  
 elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:  
Spritzenpumpen [LDL025]

Art und Umfang der Leistung:  
Lieferung von Spritzenpumpen und Zubehör, sowie die Durchführung eines Lehrgangs zur Schulung von 3 Personen in sicherheitstechnischen Kontrollen (STK) und Reparaturen dieser Geräte

Produktschlüssel (CPV):  
33100000

Ort der Leistung:  
Branddirektion  
Feuerwehrstraße 1  
60435 Frankfurt am Main

NUTS-Code: DE712

e) Unterteilung in

Lose: ja

Angebote können eingereicht werden für ein oder mehrere Lose

Größe und Art der einzelnen Lose:

Los 1:  
Spritzenpumpe Braun Space (14 Stk.)

Kurze Beschreibung:  
Lieferung von Spritzenpumpen Braun Space inklusive Zubehör

Los 2:  
Spritzenpumpe Braun Space (15 Stk.) und Lehrgang STK  
Kurze Beschreibung:  
Lieferung von Spritzenpumpen Braun Space inklusive Zubehör sowie die Durchführung eines Lehrgangs zur Schulung von 3 Personen in sicherheitstechnischen Kontrollen (STK) und Reparaturen dieser Geräte

f) Nebenangebote:  
Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:  
Beginn: 10.12.2018  
Ende: 20.01.2019

h) Anfordern der Unterlagen bei: siehe a)  
Anforderungsfrist: 21.11.2018, 15.30 Uhr  
Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen: siehe a)

i) Ablauf der Angebotsfrist: 21.11.2018, 15.30 Uhr  
Bindefrist: 09.12.2018

j) Sicherheitsleistungen:  
–

- k) Zahlungsbedingungen:  
gemäß HVTG
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:  
–
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:  
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien:  
niedrigster Preis
- o) Nichtberücksichtigte Angebote:  
–
- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:  
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen. Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja  
  
Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen  
  
Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –
- q) Sonstige Informationen:  
Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs/ Nachprüfverfahren:  
Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.  
Bierstädter Straße 9  
65189 Wiesbaden  
Telefon: 0 611 / 974 588 - 0  
Telefax: 0 611 / 974 588 - 20  
E-Mail: info@absthessen.de  
Websites: www.absthessen.de und www.had.de
- b) Art der Vergabe:  
Öffentliche Ausschreibung VOL/A
- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:  
 über den Postweg  
 mittels Telekopie  
 direkt  
 elektronisch
- d) Bezeichnung des Auftrags:  
67 Anmietung LKW- und selbstfahrende Hubarbeitsbühnen [LDL025]  
  
Art und Umfang der Leistung:  
Anmietung von LKW- und selbstfahrenden Hubarbeitsbühnen; IPAF-Schulungen  
  
Produktschlüssel (CPV):  
34142100  
  
Ort der Leistung:  
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet  
  
NUTS-Code: DE712
- e) Unterteilung in Lose: ja  
  
Angebote können eingereicht werden für ein oder mehrere Lose  
  
Größe und Art der einzelnen Lose:  
  
Los 1:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 18 m Arbeitshöhe auf einem 3,5 Tonnen Fahrgestell  
Kurze Beschreibung:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 18 m Arbeitshöhe auf einem 3,5 Tonnen Fahrgestell  
  
Los 2:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 21 m Arbeitshöhe auf einem 3,5 Tonnen Fahrgestell  
Kurze Beschreibung:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 21 m Arbeitshöhe auf einem 3,5 Tonnen Fahrgestell  
  
Los 3:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 22 m Arbeitshöhe auf einem 3,5 Tonnen Fahrgestell  
Kurze Beschreibung:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 22 m Arbeitshöhe auf einem 3,5 Tonnen Fahrgestell  
  
Los 4:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 27 m Arbeitshöhe auf einem 7,5 Tonnen Fahrgestell  
Kurze Beschreibung:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 27 m Arbeitshöhe auf einem 7,5 Tonnen Fahrgestell  
  
Los 5:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 33 m Arbeitshöhe auf einem 7,5 Tonnen Fahrgestell  
Kurze Beschreibung:  
LKW Hubarbeitsbühne bis 33 m Arbeitshöhe auf einem 7,5 Tonnen Fahrgestell

**Grünflächenamt  
verschiedene Dienststellen im  
Stadtgebiet  
– Anmietung LKW- und  
selbstfahrende Hubarbeitsbühnen –  
Öffentliche Ausschreibung Nr. 67-2018-00108  
nach VOL/A**

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):  
Offizielle Bezeichnung:  
Grünflächenamt  
Adam-Riese-Straße 25  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 30 288  
Telefax: 069 / 212 - 30 760  
E-Mail: sebastian.lochter@stadt-frankfurt.de  
  
Einreichung der Angebote:  
Amt für Bau und Immobilien  
Submissionstelle  
Gerbermühlstraße 48  
60594 Frankfurt am Main

Los 6:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Radantrieb bis 11 m für außen

Kurze Beschreibung:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Radantrieb bis 11 m für außen

Los 7:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Raupenantrieb bis 11 m für außen

Kurze Beschreibung:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Raupenantrieb bis 11 m für außen

Los 8:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Radantrieb bis 16 m für außen

Kurze Beschreibung:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Radantrieb bis 16 m für außen

Los 9:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Raupenantrieb bis 16 m für außen

Kurze Beschreibung:

Selbstfahrende Gelenk-Teleskop-Arbeitsbühne mit Raupenantrieb bis 16 m für außen

Los 10:

Sicherheitsunterweisung

Kurze Beschreibung:

Sicherheitsunterweisung

Los 11:

IPAF-Schulung

Kurze Beschreibung:

IPAF-Schulung

f) Nebenangebote:

Nebenangebote sind nicht zugelassen

g) Ausführungsfrist:

Beginn: 01.01.2019

Ende: 31.12.2019

h) Anfordern der

Unterlagen bei: siehe a)

Ort der Einsichtnahme in Vergabe-

unterlagen: siehe a)

i) Ablauf der

Angebotsfrist: 04.12.2018, 12.00 Uhr

Bindefrist: 04.02.2019

j) Sicherheitsleistungen:

–

k) Zahlungsbedingungen:

gemäß HVTG

l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:

siehe Vergabeunterlagen

m) Kosten der Vergabeunterlagen:

Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

n) Zuschlagskriterien:

niedrigster Preis

o) Nichtberücksichtigte Angebote:

–

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:

Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen. Vertragsstrafe wegen schuldhafte Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja

Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen

Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –

## Sportamt

### verschiedene Dienststellen im Stadtgebiet

#### – Lieferung und Entladung von Fußballtoren –

#### Öffentliche Ausschreibung Nr. 52-2018-00017 nach VOL/A

a) Auftraggeber (Vergabestelle):

Offizielle Bezeichnung:

Stadt Frankfurt am Main

Sportamt

Hanauer Landstraße 54

60314 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 212 - 46 524

Telefax: 069 / 212 - 34 311

E-Mail: vergaben.52@stadt-frankfurt.de

Einreichung der Angebote:

Sportamt

Submissionsstelle

Hanauer Landstraße 54

60314 Frankfurt am Main

b) Art der Vergabe:

Öffentliche Ausschreibung VOL/A

c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

über den Postweg

mittels Telekopie

direkt

elektronisch

d) Bezeichnung des Auftrags:

Lieferung und Entladung von Fußballtoren [LDL025]

Art und Umfang der Leistung:

Lieferung und Entladung von insgesamt 60 Stück transportablen F-Jugend und Trainingstoren und 4 Sets stationäre Fußballtore - Großfeld.

Produktschlüssel (CPV):

37451000

- Ort der Leistung:  
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt  
über das gesamte Stadtgebiet  
NUTS-Code: DE712
- e) Unterteilung in Lose: ja
- Angebote können eingereicht werden für ein oder mehrere Lose
- Größe und Art der einzelnen Lose:
- Los 1:  
F-Jugendtor, quer verfahrbar  
Kurze Beschreibung:  
Transportables F-Jugendtor, endmontiert, über die Torbreite quer verfahrbar  
Produktschlüssel:  
37451000-4
- Los 2:  
Trainingstor, quer verfahrbar  
Kurze Beschreibung:  
Transportables Trainingstor, endmontiert, über die Torbreite quer verfahrbar  
Produktschlüssel:  
37451000-4
- Los 3:  
Trainingstor, längs verfahrbar  
Kurze Beschreibung:  
Transportables Trainingstor, endmontiert, über die Schmalseite verfahrbar  
Produktschlüssel:  
37451000-4
- Los 4:  
Fußballtor-Großfeld-Set mit freier Netzaufhängung  
Kurze Beschreibung:  
Stationäres Fußball-Großfeldtor mit freier Netzaufhängung und Zubehör  
Produktschlüssel:  
37451000-4
- f) Nebenangebote:  
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- g) Ausführungsfrist:  
Beginn: 07.01.2019  
Ende: 11.01.2019
- h) Anfordern der Unterlagen bei: siehe a)
- Anforderungsfrist: 19.11.2018, 10.58 Uhr
- Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen: Sportamt  
Hanauer Landstraße 54  
60314 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 46 524  
Telefax: 069 / 212 - 34 836  
E-Mail:  
vergaben.52@stadt-frankfurt.de
- i) Ablauf der Angebotsfrist: 19.11.2018, 16.00 Uhr  
Bindefrist: 04.01.2019
- j) Sicherheitsleistungen:  
–
- k) Zahlungsbedingungen:  
gemäß HVTG
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:  
–
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:  
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien:  
wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)
- Los 1:  
1 Preis (70 %)  
2 Lieferzeit nach Auftragserteilung (30 %)
- Los 2:  
1 Preis (70 %)  
2 Lieferzeit nach Auftragserteilung (30 %)
- Los 3:  
1 Preis (70 %)  
2 Lieferzeit nach Auftragserteilung (30 %)
- Los 4:  
1 Preis (70 %)  
2 Lieferzeit nach Auftragserteilung (30 %)
- o) Nichtberücksichtigte Angebote:  
–
- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftrereugesetz:  
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreugesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.  
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja
- Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen
- Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –
- q) Sonstige Informationen:  
Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs/ Nachprüfverfahren:  
Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.  
Bierstädter Straße 9  
65189 Wiesbaden  
Telefon: 0 611 / 974 588 - 0  
Telefax: 0 611 / 974 588 - 20  
E-Mail: info@absthessen.de  
Websites: www.absthessen.de und www.had.de

## Stadtentwässerung Frankfurt am Main Fechenheimer Mainbogen – temporäre Schiffsanlegestelle –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 68-2018-00103  
nach VOB/A

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Stadtentwässerung Frankfurt am Main  
Goldsteinstraße 160  
60528 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 212 - 30 181  
E-Mail: heike.popp@stadt-frankfurt.de  
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: 68-2018-00103
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:  
 Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.  
 Vergabeunterlagen werden auch elektronisch zur Verfügung gestellt.  
 Es werden elektronische Angebote akzeptiert.  
 ohne elektronische Signatur Textform  
 mit fortgeschrittener elektronischer Signatur  
 mit qualifizierter elektronischer Signatur  
 kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrags:  
 Ausführung von Bauleistungen  
 Planung und Ausführung von Bauleistungen  
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)
- e) Ort der Ausführung:  
Fechenheim - Mainbogen  
60386 Frankfurt am Main
- f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose  
Art der Leistung:  
Gewässerökologische Strukturverbesserungen am Main  
Herstellung eines Altarms und Altwassers  
Umfang der Leistung:  
Herstellung einer temporären Schiffsanlegestelle  
100.000 m<sup>3</sup> Bodenaushub  
Erdmassenbewegung mit vorgegebenem Verwertungsweg über Wasserweg  
3.600 m<sup>2</sup> Asphaltwegebau mit hellbeiger Deckschicht
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:  
–
- h) Aufteilung in Lose:  Nein  
Ja, Angebote sind möglich:  
 nur für ein Los  
 für ein oder mehrere Lose  
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
- i) Ausführungsfristen:  
Beginn der Ausführung: 02.01.2019  
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 05.10.2019
- j) Nebenangebote:  zugelassen  
 nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen  
 nicht zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen bei: Stadtentwässerung Frankfurt am Main Goldsteinstraße 160 60528 Frankfurt am Main Telefon: 069 / 212 - 30 181 E-Mail: heike.popp@stadt-frankfurt.de Online-Plattform: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Die Unterlagen werden kostenfrei zur Verfügung gestellt.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Amt für Bau und Immobilien Submissionsstelle Gerbermühlstraße 48 60594 Frankfurt am Main Ansprechpartner: Submissionsstelle Online-Plattform: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- q) Ablauf der Angebotsfrist: am 13.11.2018, 12.30 Uhr  
Eröffnungstermin: am 13.11.2018, 12.30 Uhr  
Ort: Amt für Bau und Erschließung Submissionsstelle Gerbermühlstraße 48 60594 Frankfurt am Main Zimmer: 1-5
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und deren bevollmächtigte Vertreter
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

- s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:  
 Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
 Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
 Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.  
 Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.
- Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:  
 Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bieter, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist diesen Ausschreibungsunterlagen beigelegt.
- v) Ablauf der Bindefrist: 02.01.2019
- w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A): Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt
- x) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:  
 Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmen vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.  
 Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja  
 Angaben zur Höhe der Vertragsstrafe: siehe Vergabeunterlagen  
 Soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen: –
- y) Zuschlagskriterien:  
 niedrigster Preis

## Bekanntmachung

**Planfeststellung gemäß §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i. V. m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG);  
 Neubau der Bundesautobahn (BAB) 66, Frankfurt am Main – Hanau, Teilabschnitt Tunnel Riederwald, einschließlich des Autobahndreiecks Frankfurt – Erlenbruch (BAB 66/BAB 661) und der Anschlussstelle Frankfurt – Borsigallee (BAB 66/K 870) in Frankfurt am Main**

**Änderungen des Plans vor Fertigstellung des Vorhabens gem. § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG - Planänderungsverfahren Tunnel einschließlich AD Erlenbruch, Obere Ebene und Lärmschutz betreffend**

- die Anpassung der Planung an geltende Regelwerke und zur Kostenoptimierung,
- die Umsetzung von Vorbehalten aus den Planfeststellungsbeschlüssen der Jahre 2007 und 2011 sowie
- die Überarbeitung des Immissionsschutzes auf der Grundlage der für das Prognosejahr 2030 erstellten Verkehrsuntersuchung

**hier: 2. Änderung des ausgelegten Plans im Hinblick auf die Änderung und Ergänzung des Immissionsschutzkonzeptes Baulärm und der schalltechnischen Untersuchung**

Für das o. a. Bauvorhaben liegen der Planfeststellungsbeschluss des damaligen Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 6. Februar 2007 und verschiedene dazu ergangene Änderungsbeschlüsse vor.

Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement - hat für das o. a. Bauvorhaben gem. § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG die Durchführung eines weiteren Planänderungsverfahrens beantragt.

Für dieses als „Planänderung Tunnel einschließlich AD Erlenbruch, Obere Ebene und Lärmschutz“ bezeichnete Verfahren, für das eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) besteht, wurde der Plan im Zeitraum vom 15. Januar bis einschließlich 14. Februar 2018 ausgelegt.

Die Unterlagen für die erste Änderung des ausgelegten Plans haben in der Zeit vom 7. Mai bis einschließlich 6. Juni 2018 zur allgemeinen Einsichtnahme ausgelegen.

Aufgrund der Erkenntnisse aus dem Anhörungsverfahren und dem vom 10. bis 13. September 2018 durchgeführten Erörterungstermin wurde der Plan ein zweites Mal geändert.

So wurden die Lärmschutzaspekte im Hinblick auf Baulärm und Betriebslärm wie folgt überarbeitet:

- Anpassung des projektspezifischen Richtwertes für Fechenheim-Nord und Erweiterung des aktiven Lärmschutzes während der Bauzeit (**Unterlage 01c, Anlage 2\_Immissionsschutzkonzept Baulärm**),
- Berechnung der Baulärmimmissionen auch für die Gebäude in der „zweiten und dritten Reihe“ (**Unterlage 01c, Anlage 2\_Immissionsschutzkonzept Baulärm**),
- Berücksichtigung einzelner Nutzungsänderungen, z.B. den Ausbau von Dachgeschossen zur Wohnnutzung (**Unterlage 11a\_Schalltechnische Untersuchung**) und
- Ermittlung von Ansprüchen auf Lärmschutz, die sich aus alleiniger Betrachtung des Verkehrslärms der während der Bauzeit verlegten Straße „Am Erlenbruch“ bzw. der Stadtbahn ergeben (**Unterlage 11a\_Schalltechnische Untersuchung**).

Einzelheiten sind aus den Planunterlagen zu ersehen.

Bezüglich der vorgenannten Änderungen des Plans erfolgt eine ergänzende Auslegung zur Anhörung der Öffentlichkeit im Sinne von § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1, 73 Abs. 3 HVwVfG und § 22 Abs. 1 UVPG.

Der geänderte Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) liegt in der Zeit vom

**19. November bis einschließlich 18. Dezember 2018**

bei dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main im Stadtplanungsamt, Kurt-Schumacher-Straße 10, 60311 Frankfurt am Main, Atrium, während der Dienststunden

**montags, dienstags, donnerstags und freitags  
in der Zeit von 07.10 Uhr bis 15.40 Uhr  
sowie mittwochs  
von 07.10 Uhr bis 19.00 Uhr**

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Die bereits in der Zeit vom 15. Januar bis 14. Februar 2018 und in der Zeit vom 7. Mai bis 6. Juni 2018 ausgelegten Unterlagen werden ebenfalls bereitgehalten, sind aber nicht Gegenstand dieses Beteiligungsverfahrens.

Zudem werden der Inhalt dieser Bekanntmachung und die geänderten Planunterlagen über die Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de>, Rubrik: „Presse“ → Öffentliche Bekanntmachungen → Übersicht aller Öffentlichen Bekanntmachungen) und das UVP-Portal des Landes Hessen (<https://www.uvp-verbund.de/startseite>) zugänglich gemacht; maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (§ 27a Abs. 1 HVwVfG, § 20 Abs. 2 S. 2 UVPG).

1. Alle, deren Belange durch die oben beschriebenen Änderungen des Plans berührt werden, können sich bis zum **1. Februar 2019** (maßgeblich ist der Tag des Eingangs der Einwendung, nicht das Datum des Poststempels) bei dem Regierungspräsidium Darmstadt (Anhörungsbehörde), Dezernat III 33.1, Hilpertstraße 31, 64295 Darmstadt (Postanschrift: Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei der Stadt Frankfurt am Main (Anschrift wie oben) schriftlich oder zur Niederschrift äußern und Einwendungen erheben.

Äußerungen und Einwendungen müssen Namen und Anschrift lesbar enthalten, den geltend gemachten Belang und das Maß der befürchteten Beeinträchtigungen erkennen lassen und unterschrieben sein. Einfache E-Mails erfüllen das Schriftformerfordernis nicht.

**Es sind nur solche Äußerungen und Einwendungen zugelassen, die sich auf die oben beschriebenen antragsgegenständlichen Änderungen des Plans beziehen. Äußerungen und Einwendungen zu den bereits abgeschlossenen Verwaltungsverfahren und zu den in der Zeit vom 15. Januar bis 14. Februar 2018 bzw. in der Zeit vom 7. Mai bis 6. Juni 2018 ausgelegten Planunterlagen sind dagegen ausgeschlossen. Abweichend davon können sich Personen, deren Betroffenheit sich als Folge der diesem Verfahren zugrundeliegenden Planänderungen erstmals ergibt, zur Planung insgesamt äußern und Einwendungen erheben.**

Mit Ablauf der oben genannten Frist sind für die Dauer des Verwaltungsverfahrens alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 21 Abs. 4 UVPG). Die Äußerungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des geänderten Vorhabens beziehen (§ 21 Abs. 5 UVPG) und für Stellungnahmen der Vereinigungen [§ 7 Abs. 4 Umweltschutzgesetz (UmwRG)].

Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Andernfalls können diese Eingaben unberücksichtigt bleiben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die im Zuge einer ggf. durchgeführten frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 HVwVfG eingereichten Äußerungen für das Anhörungsverfahren keine Geltung entfalten, sondern erneut vorgebracht werden müssen.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 S. 5 HVwVfG von der Auslegung des Plans.
3. Die Anhörungsbehörde kann von einer Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 HVwVfG und des § 18 Abs. 1 S. 4 UVPG absehen (§ 17d FStrG).

Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich rechtzeitig geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen der Vertreter (§ 17 HVwVfG), von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, die Einreichung von Äußerungen, Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die Einwendungen erhoben oder eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
7. Von den verfahrensgegenständlichen Änderungen des Plans sind keine zusätzlichen Flächen betroffen, so dass die Regelungen zu Anbaubeschränkungen (§ 9 FStrG), zur Veränderungssperre (§ 9a FStrG) und zum Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen (§ 9a Abs. 6 FStrG) hier nicht relevant sind. Die diesbezüglich bereits geltenden Regelungen wirken fort.
8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,
  - dass die für das Verfahren zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt und die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung ist,
  - dass über die Zulässigkeit des geänderten Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
  - dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 16 Abs. 1 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
  - dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPG ist.
9. Bei den von der Vorhabenträgerin im Laufe des Anhörungsverfahrens vorgenommenen, oben näher beschriebenen Änderungen und Ergänzungen des Immissionsschutzkonzeptes Baulärm und der schalltechnischen Untersuchung handelt es sich um Änderungen der nach § 19 Abs. 2 UVPG auszulegenden Unterlagen. Die insoweit erforderliche erneute Beteiligung der Öffentlichkeit beschränkt sich auf die Änderungen und Ergänzungen dieser Unterlagen (§ 22 Abs. 1 UVPG).



# #FFM Unsere Stadt

In unserem Social Media Newsroom erfahrt Ihr die wichtigsten Neuigkeiten unserer Ämter, Betriebe und Museen.

Reinschauen unter: [www.frankfurt.de/newsroom](http://www.frankfurt.de/newsroom)

## Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Frankfurt am Main findet am

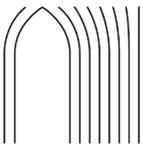
**Dienstag**, 04.12.2018, 17.00 Uhr,  
im Jugend- und Sozialamt, Raum A 001,  
Eschersheimer Landstraße 241 - 249,  
60320 Frankfurt am Main,

statt.

DER MAGISTRAT  
Jugend- und Sozialamt

Stadt Frankfurt am Main –  
Hauptamt und Stadtmarketing  
60021 Frankfurt, Postfach 102121 – 4811 –

(Anschriftenfeld)



**INSTITUT FÜR  
STADTGESCHICHTE**  
IM KARMELOITERKLOSTER  
FRANKFURT AM MAIN

In Ihren Büros und im Aktenkeller haben Sie keinen Platz mehr für Ihre Dokumente und Unterlagen und möchten wissen, wie das Verfahren bei der Aktenaussonderung funktioniert? Das Hessische Archivgesetz verpflichtet die Stellen der Stadtverwaltung, nicht mehr benötigte Unterlagen dem zuständigen Archiv zur Archivierung anzubieten. Dies gilt nicht nur für Akten, sondern auch für Karten, Pläne, Fotos und digitale Materialien. Das Institut für Stadtgeschichte entscheidet in seiner Funktion als Stadtarchiv, welche dieser Unterlagen dauerhaft und fachgerecht aufzubewahren sind und stellt sie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Sie möchten Ihre Verwaltungsunterlagen abgeben? Dann nehmen Sie mit uns Kontakt auf! Wir freuen uns auf Ihre Nachricht!

Institut für Stadtgeschichte:

Münzgasse 9,

60311 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 212 - 33 374

Email: [info.amt47@stadt-frankfurt.de](mailto:info.amt47@stadt-frankfurt.de)

Homepage: <http://www.stadtgeschichte-ffm.de>



## Inhalt

### Öffentliche Sitzungen der Ortsbeiräte

*(auf den Seiten 1639 bis 1640)*

### Öffentliche Ausschreibungen

*(auf den Seiten 1640 bis 1658)*

### Bekanntmachung | Planfeststellung gemäß § 17 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i. V. m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG);

*(auf den Seiten 1658 bis 1660)*

### Sitzung des Jugendhilfeausschusses

*(Seite 1662)*



## Impressum

Herausgeber: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.  
Redaktion: Hauptamt und Stadtmarketing, Römerberg 32, 60311 Frankfurt am Main, Susana Pletz, Telefon: 069 / 212 - 35 674, Telefax: 069 / 212 - 34 124, E-Mail: [amtsblatt@stadt-frankfurt.de](mailto:amtsblatt@stadt-frankfurt.de), Internet: [www.frankfurt.de](http://www.frankfurt.de). Herstellung, Druck und Abonnementverwaltung: LINUS WITTICH Medien KG, Industriestraße 9 - 11, 36358 Herbstein. Abonnement: 52 Ausgaben pro Jahr, 104 Euro (inkl. 7 % MwSt.). Einzelbezug: 2 Euro zzgl. 1,45 Euro Versandkosten, über Hauptamt und Stadtmarketing (Adresse siehe Redaktion). Kündigung des Abonnements: schriftlich, sechs Wochen voraus zum 1. Juli oder 1. Januar jeden Jahres, über Hauptamt und Stadtmarketing. Anschriftenänderung, Reklamation und sonstige Änderung an den Bezieherdaten: über Hauptamt und Stadtmarketing; Neubestellung jederzeit möglich, über Hauptamt und Stadtmarketing. Der Redaktionsschluss für die Veröffentlichungen im Amtsblatt ist jeweils mittwochs 10.00 Uhr. Änderungen werden rechtzeitig bekannt gegeben.